

TP Perspectives – Newsflash

Liebe Leserinnen und Leser,

wie bereits im Newsflash vom November 2024 mitgeteilt, hat der Gesetzgeber zum 01.01.2025 durch das sogenannte Vierte Bürokratieentlastungsgesetz die Anforderungen an die Verrechnungspreisdokumentation erweitert. Ein zusätzlicher Baustein der Aufzeichnungspflichten gemäß § 90 Absatz 3 AO ist seitdem die sogenannte Transaktionsmatrix.

Diese hat das BMF nun mit Schreiben¹ vom 02.04.2025 weiter konkretisiert und wie folgt definiert:

„Die Transaktionsmatrix ist eine strukturierte, tabellarische Übersicht, die relevante Informationen zu grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen des Steuerpflichtigen mit nahestehenden Personen und Betriebsstätten enthält.“

Auch die Bestandteile einer Transaktionsmatrix hat das BMF weiter erläutert:

1. der **Gegenstand und die Art der Geschäftsvorfälle** (beispielsweise Warenlieferung und Dauersachverhalt),
2. die an den Geschäftsvorfällen **Beteiligten** unter Kennzeichnung von Leistungsempfänger und Leistungserbringer,
3. das **Volumen und das Entgelt** (in Euro) der Geschäftsvorfälle (beispielsweise Darlehensvolumen und Zins oder Entgelt für eine Warenlieferung oder Dienstleistung),
4. die **vertragliche Grundlage** (Benennung der Vertragsunterlage),
5. die angewandte **Verrechnungspreismethode** (zum Beispiel Kostenaufschlagsmethode oder Preisvergleichsmethode),
6. die betroffenen **Steuerhoheitsgebiete** und
7. ob **Geschäftsvorfälle nicht der Regelbesteuerung** im betreffenden Steuerhoheitsgebiet unterliegen.

Des Weiteren stellt das BMF klar, dass in besonderen Fällen von Form, Inhalt oder Umfang der Transaktionsmatrix abgewichen werden kann. Damit soll dem speziellen Einzelfall in der Praxis Rechnung getragen werden. Abweichungen müssen jedoch frühzeitig im Vorfeld, spätestens innerhalb der 30-Tage-Frist, kommuniziert und begründet werden.

Diese neuen Dokumentationspflichten umfassen auch Jahre vor 2025, sofern diese vom Prüfungszeitraum abgedeckt sind. Sofern die Prüfungsanordnung nach dem 31.12.2024 bekanntgegeben wird, muss die Transaktionsmatrix innerhalb von 30 Tagen ab dem Zeitpunkt der Bekanntgabe vorgelegt werden (auch ohne explizite Anforderung). Sofern die Prüfungsanordnung vor dem 01.01.2025 bekanntgegeben wurde, ist hingegen ein explizites Vorlageverlangen im Rahmen der Prüfung erforderlich; die 30-Tage-Frist beginnt in diesen Fällen erst mit dem Tag der Anforderung.

Wird die Transaktionsmatrix nicht vorgelegt, erhebt die Finanzverwaltung gemäß § 162 Absatz 4 Satz 1 und 2 AO einen Zuschlag in Höhe von 5.000 Euro.

¹ GZ: IV B 3 - S 0225/00019/004/009